

### Rede von Lühr Henken, Hamburger Forum

Liebe Friedensfreundinnen und Friedensfreunde, jeder Staat hat nach Artikel 51 der UN-Charta das Recht, sich gegen einen bewaffneten Angriff zu verteidigen. Dieses Recht reklamierte Israel für sich, als zwei israelische Soldaten von der Hizbullah entführt wurden. Israels Ministerpräsident Olmert sprach von einer "Kriegshandlung des libanesischen Staates". Vieles spricht jedoch dafür, dass es sich lediglich um einen Grenzzwischenfall handelt, eine kriminelle Provokation, auf die Israel nur gewartet hat, um einen seit langem vorbereiteten Angriff zu starten. Israel hätte demnach sein Recht auf Selbstverteidigung missbraucht.

Denn die Bestimmungen zum Selbstverteidigungsrecht sind eindeutig: Es erlaubt nur die Abwehr eines bewaffneten Angriffs, wobei der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit zu wahren ist. Deshalb kann der Krieg Israels nur als Bruch des Völkerrechts klassifiziert werden, als ein Angriffskrieg, gegen den sich der Angegriffene selbstverständlich verteidigen darf. Jedoch ist der Beschuss Nordisraels mit 4.000 Katjuschas nicht mit dem Widerstandsrecht zu legitimieren. Denn das Völkerrecht verbietet Kriegshandlungen, die nicht zwischen Zivilpersonen und Kombattanten unterscheiden. Die Katjuschas töteten 43 Zivilisten in Israel, schlugen eine halbe Million Israelis in die Flucht und richteten Schäden in Höhe von 700 Millionen Dollar an. Ungleich größer waren die Schäden im Libanon: Die UNO zählte 15.000 zerstörte Häuser, 1.300 getötete Libanesen, etwa eine Million Flüchtlinge. Der libanesischer Finanzminister schätzt die Schäden auf 15 Milliarden Dollar. Israel setzte völkerrechtswidrig Streubomben gegen Dörfer ein. Als Antipersonenminen töteten sie seit Beginn des Waffenstillstands 13 Libanesen. Es besteht zudem der Verdacht auf Verwendung von abgereichertem Uran. Hauptleidtragende dieses Krieges ist die Zivilbevölkerung. Wir fordern das Verbot von Streubomben und DU-Munition!

Die israelische Regierung wusste um die Konsequenzen ihrer Militäraktionen auch für die eigene Bevölkerung. Sie wusste, dass die Hizbullah über 13.000 Kurzstreckenraketen verfügt und diese gnadenlos einsetzen würde. Das hatte die Hizbullah 1993 und 1996 als Antwort auf israelische Überfälle auch schon getan. Israel hätte aus diesen beiden Feldzügen auch den Schluss ziehen können, dass die Hizbullah nicht entscheidend geschlagen und schon gar nicht entwaffnet werden kann. Wenn es Israels Ziel war, die Hizbullah dauerhaft zu schwächen, so wurde dieses verfehlt. Israels Krieg hat das Gegenteil erreicht: Die Hizbullah erhält Zustimmung in bisher ungeahntem Ausmaß. Von daher sind die israelischen Kriege gegen die Hizbullah nicht nur mörderisch, sondern auch selbstmörderisch und wirken daher töricht und dumm.

Andererseits legen die objektiven Wirkungen des letzten israelischen Feldzugs den Verdacht nahe, dass dahinter doch eine – wenn auch perfide – Ratio steckt: Erstens: Durch die Zerstörung der Infrastruktur wird der Konkurrent Libanon, der für arabisches Kapital wieder sehr interessant geworden war, zumindest mittel-

fristig stark geschwächt.

Zweitens: Israels Krieg könnte als erster Akt eines Krieges gegen den Iran dazu gedient haben, die Gegenschlagsmöglichkeiten von Irans Vorposten Hizbullah zu schwächen.

Auch in Bezug auf einen drohenden Krieg gegen den Iran erweist sich die israelische Aggression als gefährlich, weil sie den Iran nicht gerade darin bestärkt, auf eine Atomwaffenoption zu verzichten. Sanktionsdrohungen werden diesen Verzicht nicht erreichen. Sie setzen nur eine unheilvolle Eskalationsspirale in Gang, die zu einem Flächenbrand führt. Der muss vermieden werden und kann vermieden werden. Deswegen fordert die Friedensbewegung eine Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit im Nahen Osten. Mit ihrer Weigerung, einen sofortigen Waffenstillstand zu fordern, hat die Bundesregierung mit zur Verlängerung des Krieges beigetragen. Das haben wir angeprangert. Das soll uns aber nicht daran hindern zu begrüßen, dass Außenminister Steinmeier den Vorschlag nach einer Nahost-Konferenz jetzt aufgegriffen hat. Allerdings müssen wir alles dafür tun, dass er dabei bleibt und dass die Konferenz den Konflikt um das iranische Atomprogramm einbezieht.

Liebe Friedensfreundinnen, liebe Friedensfreunde, Das Existenzrecht Israels muss gewährleistet sein, aber auch die Sicherheit aller Menschen und das Existenzrecht aller anderen Staaten im Nahen und Mittleren Osten – auch das eines Staates Palästina. Niemand kann dort Frieden und Sicherheit auf Kosten anderer erreichen. Die Existenz Israels ist nur gesichert, wenn auch seine Nachbarn in Frieden leben können. Es geht darum, Vertrauen durch Zusammenarbeit zu schaffen. Es geht um Abrüstung und eine massenvernichtungs- und atomwaffenfreie Zone Nahost, die auch Israels Atomwaffen einbezieht. Die Nahostlösung muss die völkerrechtswidrige Besatzungspolitik Israels – den Kern des Problems – beenden.

Die Bundesregierung drängt wieder mal auf einen Kampfeinsatz – diesmal will sie mit einem Kriegsschiffverband vor Libanons Küste ein Waffenembargo gegen die Hizbullah militärisch durchsetzen. Auf mögliche Embargobrecher will sie schießen dürfen. Wenn die Bundesregierung wirklich verhindern will, dass Waffen in diese Konfliktregion gelangen, dann müsste es ihr doch ein Leichtes sein, die deutschen Großwaffenexporte an Israel wie U-Boote und bewaffnete Infanteriefahrzeuge wie den Dingo, zu verbieten. Aber daran denkt sie nicht. Ihr Einsatz richtet sich allein gegen die Hizbullah. Betrachten wir diesen Einsatz in einem größeren Zusammenhang, so verstärken die deutschen Kriegsschiffe die US-amerikanische Drohkulisse gegenüber dem Iran. Sollten die USA den Iran tatsächlich angreifen, könnte es doch sehr wohl darauf hinaus laufen, dass die deutsche Marine vor dem Libanon zum Flankenschutz herangezogen wird.

Wir müssen weiterhin wachsam bleiben und uns einsetzen gegen Krieg und Militäreinsätze, für Abrüstung und zivile Konfliktlösungen. Wir rufen den Politikern zu: Spart endlich an der Rüstung!